



CSU sieht schwarz für Kliniken

Lauterbachs Krankenhausreform ist umstritten.

Staatsregierung, Städte und Kreise fürchten einen „Kahlschlag“.

Die SPD wittert eine „bewusste Irreführung der Öffentlichkeit“.

Von Uli Bachmeier

München Der Widerstand aus Bayern gegen die geplante Krankenhausreform im Bund wird mit jedem Tag massiver. Nach der Sitzung des Kabinetts am Dienstag in München machten Staatsregierung, Bayerische Krankenhausgesellschaft, Städte- und Landkreistag gemeinsam Front gegen die Vorschläge aus dem Bundesgesundheitsministerium von Karl Lauterbach (SPD). Ihre Befürchtungen vor einem Kahlschlag mit verheerenden Folgen für die bayerische Krankenhauslandschaft haben sich noch einmal verschärft, nachdem die Deutsche Krankenhausgesellschaft dazu eine Studie vorgelegt hatte.

Landkreistagspräsident Thomas Karmasin (CSU) sprach von einer „Schneise der Verwüstung“, die eine Reform nach Lauterbachs Vorschlägen durch Bayern ziehen würde. 40 Prozent aller Geburtshilfe-Stationen würden der Reform zum Opfer fallen. Der Städtetagsvorsitzende Markus Pannermayr (CSU) warnte vor Defiziten bei der Versorgung von Schlaganfall-Patienten.

Der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft, Roland Engehausen, sagte, die Folgen der Reform wären „zerstörerisch“. In Bayern würden viele Kliniken keine vollumfängliche Versorgung mehr sicherstellen kön-

nen, es drohe ein „Kahlschlag“. Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) forderte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) erneut auf, zu einem „Gipfel der Praktiker“ nach Bayern zu kommen.

Anlass der Reformpläne Lauterbachs sind die großen finanziellen Probleme vieler Krankenhäuser. Diese sollen zwar wie Wirtschaftsbetriebe arbeiten, können aber anders als Unternehmen ihre Preise nicht selbst festsetzen. Stattdessen finanzieren sich die Kliniken größtenteils über Fallpauschalen – ein hoch kompliziertes Abrechnungssystem von Fixbeträgen, die für Behandlungen und Operationen gezahlt werden.

Dass eine Reform nötig sei, betonten nach der Kabinettsitzung am Dienstag zwar alle vier Herren. Sie dürfe aber nicht „von oben“ aufgesetzt werden, sondern sollte gemeinsam mit allen Beteiligten in einem Dialogprozess „von unten“ entwickelt werden – also ausgehend von den gewachsenen und vielerorts bewährten Strukturen. „Wir wollen uns keiner Reform verweigern“, versicherte Holetschek, aber Bayern wolle auch nicht „vor vollendete Tatsachen gestellt werden“.

Scharfe Kritik an der Staatsregierung kam von SPD und Grünen. Die Gesundheitspolitikerin Ruth

Waldmann (SPD) warf Holetschek eine „bewusste Irreführung der Öffentlichkeit“ vor. Es sei ureigene Verantwortung der CSU-Staatsregierung darzulegen, wie die Krankenhauslandschaft der Zukunft in Bayern aussehen soll. Krankenhausplanung sei Ländersache.

„Jetzt ist die Arbeitsphase, um überhaupt einen Referentenentwurf für die Krankenhausreform zu erarbeiten, die gerade der CSU-Gesundheitsminister ständig lautstark fordert. Bis ein Gesetz daraus wird, hat Bayern jede Möglichkeit, seine Vorschläge einzubringen. Stattdessen wird aber nur gemotzt und Panik verbreitet“, sagte Waldmann. Bayerns Grünen-Chefin Eva Lettenbauer aus dem Kreis Donau-Ries sagte: „Die CSU spielt hier mit den Sorgen der Menschen und macht gezielt Angst.“ Bis jetzt lägen noch gar keine Reformpläne der Bundesregierung vor, sondern nur ein Expertenpapier.

Die Freien Wähler haben im Landtag einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Darin fordern sie, „dass die auf Bundesebene geplante Krankenhausreform keinesfalls dazu führen darf, dass bayerische Kompetenzen in der Krankenhausplanung beschnitten werden.“ Der Freistaat Bayern müsse weiter in vollem Umfang handlungsfähig bleiben. (mit dpa) **Kommentar**